

# **HAUPTSATZUNG**

der Gemeinde Pahlen

Kreis Dithmarschen

## ***Inhalt***

§ 1	Siegel
§ 2	Einberufung der Gemeindevertretung
§ 3	Bürgermeisterin oder Bürgermeister
§ 4	Gleichstellungsbeauftragte des Amtes
§ 5	Ständige Ausschüsse
§ 6	Einwohnerversammlung
§ 7	Entschädigung
§ 8	Wertgrenze bei Erwerb von und Verfügung über Gemeindevermögen
§ 9	Verträge mit Gemeindevertreterinnen und -vertretern
§ 10	Verpflichtungserklärungen
§ 11	Veröffentlichungen
§ 12	Höchstbetrag für die Übertragung der Zustimmung zum Eingehen über- und außerplanmäßiger Ausgaben sowie über- und außerplanmäßiger Verpflichtungsermächtigungen
§ 13	Inkrafttreten

## **§ 1 - 10 pp.**

### **§ 11 Veröffentlichungen**

- 1) Satzungen der Gemeinde werden durch Aushang an der amtlichen Bekanntmachungstafel, die sich
  - a) auf dem Grundstück Mühlenberg Nr. 10
  - b) auf dem Grundstück Hauptstraße Nr. 43befinden, während einer Dauer von 14 Tagen bekanntgemacht. Die Bekanntmachung ist mit dem Ablauf des letzten Tages der Aushangsfrist bewirkt.

- 2) Auf die gesetzlich vorgeschriebene Auslegung von Plänen und Verzeichnissen ist in der Form des Absatzes 1 hinzuweisen. Die Auslegungsfrist beträgt einen Monat, soweit nicht gesetzlich etwas anderes bestimmt ist. Beginn und Ende der Auslegung sind auf dem ausgelegten Exemplar mit Unterschrift und Dienstsiegel zu vermerken.
- 3) Andere gesetzlich vorgeschriebene öffentliche Bekanntmachungen erfolgen ebenfalls in der Form des Absatzes 1, soweit nicht etwas anderes bestimmt ist.

## **§ 12**

## **§ 13**

### ***Inkrafttreten***

Die Hauptsatzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft; § 7 tritt rückwirkend am 01.04.1996 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Hauptsatzung vom 02.09.1991, zuletzt geändert durch Satzung vom 12.04.1996 außer Kraft.

Die Genehmigung nach § 4 Abs. 1 der Gemeindeordnung wurde durch Verfügung des Landrats des Kreises Dithmarschen vom 17.04.1997 erteilt.

Pahlen, den 25.04.1997  
gez. Börner  
(Bürgermeister)

---

Die vorstehende auszugsweise Abschrift aus der Hauptsatzung der Gemeinde Pahlen vom 25.04.1997 wird hiermit beglaubigt.

Tellingstedt, 18.08.1997

Amt Kirchspielslandgemeinde Tellingstedt

Der Amtsvorsteher

Im Auftrage



(Nottelmann)

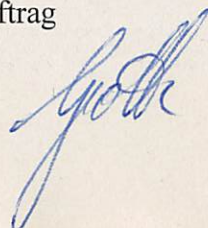
## Eigentümergeverzeichnis

### zum Bebauungsplan Nr. 3 - 1. Änderung der Gemeinde Pahlen

Gemarkung	Flur	Flurstück	Eigentümer
Pahlen	4	92/14	Bau- und Siedlungsgesellschaft Broders KG
	4	92/16	"
	4	92/17	"
	4	92/18	"
	4	94/17	Bujack, Dieter
	4	154	Hapke, Helmut u. Rosinger, Anja
	4	155	Ewers, Rolf und Ehefrau Silke, geb. Coltzau
	4	156	Mackeprang, Peter
	4	157/1	Simon, Christel, geb. Schekat
	4	157/2	Thomsen, Andreas und Thomsen, Bianca, geb. Weißmann
	4	158	Simon, Christel, geb. Schekat
	4	159	Dohrwardt, Joachim, geb. Bruhn und Dohrwardt, Ute
	4	160	Dohrwardt, Ernst
	4	171	Diener, Erika, geb. Broders und Diener, Johann Rudolf
	4	177/2	Kuhlmann, Karl-Heinz und Szlaby, Rita, geb. Ebert
	4	178	Koll, Peter und Ehefrau Hilde, geb. Hinrichs
	4	181/1	Bujack, Birgit, geb. Stöfen

Die Übereinstimmung des Inhalts dieses Auszuges mit dem  
Inhalt des Katasterbuchwerkes wird hiermit beglaubigt.

Meldorf, 07. Mai 1998  
**Katasteramt Meldorf**  
Im Auftrag



## **BEGRÜNDUNG**

zur 1. Änderung/Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. 3 der Gemeinde Pahlen  
für das Gebiet „Österfeld, Bereich westlich und südlich der Eiderstraße“

### **1. Allgemeines**

Der Bebauungsplan Nr. 3 der Gemeinde Pahlen ist am 29.07.1980 in Rechtskraft getreten.

Zwischenzeitlich sind die Festsetzungen über die Gestaltung der baulichen Anlagen durch eine „Gestaltungssatzung“ geändert worden.

Der Bebauungsplan sieht Festsetzungen für allgemeine Wohngebiete und Grünflächen - Spielplatz und Parkanlage - vor.

Das Baugebiet ist teilrealisiert. Die Erschließungsanlagen sind weitgehend hergestellt. Die Erschließung des Baugebietes erfolgt durch einen privaten Erschließungsträger.

### **2. Notwendigkeit der Erschließung und Planungsziele der Gemeinde**

Die Änderung des Bebauungsplanes wird erforderlich, um den Änderungsbe-  
reich der neuen städtebaulichen Entwicklung anzupassen. Ziel der Gemeinde  
ist es, die in dem Gesamtgebiet des Bebauungsplanes vorhandene Wohn-  
struktur weiterzuentwickeln. Die Grundstücke werden teilweise entsprechend  
dem vorhandenen Bedarf neu geordnet.

Zur Verwirklichung der Planungsziele - vorhandene und geplante Wohnbebau-  
ung mit Einfamilienhauscharakter weiterzuentwickeln - werden in dem Ände-  
rungsbereich nur Einzelhäuser mit nicht mehr als 2 Wohnungen zugelassen.  
Durch die Einzelhausbebauung wird das Ortsbild nicht wesentlich beeinträch-  
tigt.

Zur Vermeidung einer Beeinträchtigung durch Immissionen für die Wohnbevöl-  
kerung ist die zulässige Nutzung eingeschränkt worden. In dem festgesetzten  
allgemeinen Wohngebiet des Änderungsbereiches werden die nach § 4 Abs. 3  
BauNVO ausnahmsweise zulässigen Nutzungsarten

- Gartenbaubetriebe,
- Tankstellen

nicht zugelassen. Von diesen Nutzungen werden Belästigungen erwartet, wie  
z. B. Lärmbelästigungen durch zusätzlichen Kfz-Verkehr oder durch Lärm-  
und/oder Gerüche durch die Betriebe der Anlagen selbst.

Zur individuellen Bebauung werden weiterhin die Baugrenzen erweitert, die Stellung der baulichen Anlagen - Hauptfirstrichtung - wird nicht mehr vorgeschrieben.

Neben den vorgenannten Festsetzungen werden weitere Änderungen hinsichtlich der Gestaltung der baulichen Anlagen und den öffentlichen Verkehrsflächen - Erschließungsanlagen - vorgesehen. Die Gestaltungssatzung wird für den Änderungsbereich durch die getroffenen Festsetzungen außer Kraft gesetzt. Die Erschließungsanlagen werden den vorhandenen und geänderten Gegebenheiten angepaßt.

Der Bebauungsplan wird im südwestlichen Bereich zur Schließung der Baulücke um ca. 3.500 m<sup>2</sup> erweitert. Die Festsetzungen hinsichtlich der Art und Maß der baulichen Nutzung innerhalb des Erweiterungsbereiches werden dem vorhandenen Bebauungsplan angepaßt.

### **3. Maßnahmen für die Ordnung des Grund und Bodens**

Soweit die vorhandenen Grenzen eine Bebauung nach dem vorliegenden Bebauungsplan nicht zulassen, können bodenordnende Maßnahmen nach §§ 45 ff. BauGB, bei Grenzregelungen das Verfahren nach §§ 80 ff. BauGB sowie bei Inanspruchnahme privater Flächen für öffentliche Zwecke das Verfahren nach §§ 85 ff. BauGB vorgesehen werden.

Die vorgesehenen Maßnahmen und Verfahren werden jedoch nur dann vorgesehen, wenn sie nicht oder nicht rechtzeitig im Wege freier Vereinbarungen durchgeführt werden können.

### **4. Versorgungseinrichtungen**

#### **4.1 Stromversorgung**

Die Stromversorgung des Baugebietes mit elektrischer Energie erfolgt durch die Schleswag.

#### **4.2 Gasversorgung**

Das Baugebiet wird an das Erdgasnetz der Schleswag angeschlossen, sofern sich ein wirtschaftlicher Netzausbau ergibt.

#### **4.3 Fernmeldeeinrichtungen**

Das Baugebiet ist an das vorhandene Fernmeldenetz der Deutschen Telekom angeschlossen.

#### 4.4 Wasserversorgung

Die Wasserversorgung im Plangeltungsbereich erfolgt durch den Wasserbeschaffungsverband Norderdithmarschen.

#### 4.5 Feuerlöscheinrichtungen

Das vorhandene Wasserleitungsnetz erhält bzw. hat in den vorgeschriebenen Abständen Unterflurhydranten, die eine ausreichende Brandbekämpfung sicherstellen.

### 5. **Entsorgungseinrichtungen**

#### 5.1 Müllbeseitigung

Die Müllbeseitigung erfolgt über die zentrale Müllabfuhr. Sie ist durch Satzung über die Abfallbeseitigung im Kreis Dithmarschen geregelt.

Die durch die Planstraße B erschlossenen Baugrundstücke sind nur unter erschwerten Bedingungen von den Müllfahrzeugen zu erreichen. Um dem erschwerten Unfallrisiko beim Rangieren zu begegnen, werden die Sammelbehälter von den betroffenen Grundstücken an der Eiderstraße bereitgestellt. Dies wird durch vertragliche Regelungen mit den Grundstückseigentümern sichergestellt.

#### 5.2 Abwasserbeseitigung

Das Schmutzwasser aus dem Plangeltungsbereich wird mit Rücksicht auf die Reinhaltung der Gewässer über Kanalisationsleitungen der vorhandenen mit der Gemeinde Dörpling gemeinsamen Kläranlage zur Reinigung zugeführt. Das anfallende Oberflächenwasser wird in die vorhandenen Gewässer geleitet. Das auf den privaten Grundstücken anfallende Oberflächenwasser ist zur Anreicherung des Grundwassers in den Untergrund zu versickern, sofern die Bodenverhältnisse dies zulassen.

Etwaige Versickerungseinrichtungen auf den privaten Grundstücken sind entsprechend den jeweiligen standörtlichen Gegebenheiten optimal zu gestalten (siehe Arbeitsblatt A 138 - Bau und Vermessung entwässerungstechnischer Anlagen zur Versickerung von nicht schädlich verschmutztem Niederschlagswasser - der Abwassertechnischen Vereinigung (ATV)).

Die Planung und Ausführung der erforderlichen Maßnahmen zur Einleitung des Oberflächenwassers und geklärten Schmutzwassers in die Vorfluter hat im Einvernehmen mit den Fachbehörden zu erfolgen. Die technischen Bestimmungen zum Bau und Betrieb von Anlagen zur Regenwasserbehandlung gemäß Bekanntmachung des Ministers für Natur, Umwelt und Landesentwicklung des Landes Schleswig-Holstein vom 25.11.1992 werden beachtet.



## 6. Straßenerschließung

Die äußere Erschließung erfolgt über die Landesstraße 172 (L 172) und Kreisstraße 46 (K 46).

Die Baugrundstücke innerhalb des Baugebietes werden über die vorhandene Erschließungsstraße Eiderstraße und der Straße B erschlossen. Die Eiderstraße ist verkehrsgerecht entsprechend den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 3 ausgebaut. Die Planstraße B wird entsprechend dem dargestellten reduzierten Straßenprofil ausgebaut. Die Resterschließung (Ausbau der öffentlichen Parkplätze und der Straße B) erfolgt durch den privaten Bau- und Erschließungsträger.

Die Entwurfsgeschwindigkeit beträgt allgemein 50 km/h, auf der Straße B 30 km/h. Bei der Bemessung der Sichtdreiecke wird allgemein eine Vorfahrtsregelung von „rechts vor links“ angenommen. Im Einmündungsbereich der Straße B in die Eiderstraße ist ein Ausbau nach § 10 StVO vorgesehen, so daß hier keine freizuhaltenden Sichtflächen (Sichtdreiecke) erforderlich werden.

## 7. Ruhender Verkehr

Die nach der Landesbauordnung Schleswig-Holstein erforderlichen Stellplätze sind auf den Grundstücken selbst zu errichten.

Die Festsetzung der öffentlichen Parkplätze richtet sich nach Ziffer 5.2.1.2 der EAE 85/95. Danach ist ein Parkplatz für 3 - 6 Wohnungen festzusetzen. Im Hinblick auf die dörfliche Bau- und Nutzungsstruktur werden die öffentlichen Parkplätze in einem Verhältnis von 1 : 6 zu den notwendigen Pflichtstellplätzen festgesetzt. Es werden max. 35 Wohneinheiten (WE) erwartet:

$$36/6 = 6 \text{ öffentliche Parkplätze.}$$

Die öffentlichen Parkplätze sind in ausreichender Anzahl festgesetzt worden.

## 8. Naturschutz und Landschaftspflege

Durch die Änderung des Bebauungsplanes sowie durch die innerörtliche Lage des relativ geringfügigen Erweiterungsgebietes wird kein weiterer Eingriff in Natur und Landschaft vorbereitet. Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen werden nach dem Naturschutzrecht nicht erforderlich (siehe auch gemeinsamer Erlass des Innenministers und der Ministerin für Natur und Umwelt vom 08.11.1994).

In Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde des Kreises Dithmarschen sind jedoch Festsetzungen zur Minimierung und Vermeidung von Eingriffen auf den Grundstücken getroffen worden:

- Begrenzung der Versiegelung durch Einschränkung der Grundflächenzahl und durch die Festsetzung von wasserdurchlässigen Oberflächenbelägen,

- Begrenzung der Höhen der baulichen Anlagen zur Vermeidung einer wesentlichen Beeinträchtigung des Orts- und Landschaftsbildes,
- Eingrünungsmaßnahmen auf den Grundstücken durch Heckenbepflanzungen und das Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern,
- Schutz der vorhandenen und des neu anzulegenden Knicks auf den Grundstücken 9 - 13,
- Neuerrichtung eines Knicks an der westlichen Plangeltungsbereichsgrenze. Der Knick ist mit heimischen, standortgerechten Knickgehölzen zu bepflanzen.

Durch die Änderung/Erweiterung des Bebauungsplanes werden keine schützenswerten Landschaftsbestandteile beeinträchtigt.

Die vorgenannten Maßnahmen zur Vermeidung bzw. Minimierung von Beeinträchtigungen der Natur und Landschaft sind durch die privaten Grundstückseigentümer bzw. durch den Erschließungsträger durchzuführen. Die Maßnahmen werden durch vertragliche Vereinbarungen zwischen dem Erschließungsträger und der Gemeinde in einem Erschließungsvertrag geregelt.

## 9. Kosten / Finanzierung

Die Resterschließungskosten werden derzeit auf rd. 50.000 DM geschätzt. Die Resterschließung wird im Rahmen des bestehenden Erschließungsvertrages durch den Erschließungsträger durchgeführt. Sofern durch die vorliegende Änderung des Bebauungsplanes zusätzliche Erschließungsmaßnahmen bzw. Maßnahmen zur Minimierung und Vermeidung von Beeinträchtigungen in Natur und Landschaft (siehe Ziffer 8 der Begründung) erforderlich werden, wie z. B. Errichtung von öffentlichen Parkplätzen, Notzufahrt usw. sowie die Herstellung des Knicks an der westlichen Plangeltungsbereichsgrenze, wird die Gemeinde den Erschließungsträger zur Durchführung der Maßnahmen in dem Erschließungsvertrag dazu verpflichten. Der Erschließungsvertrag wird entsprechend geändert.

Aufwendungen für die zentrale Kläranlage fallen nicht an, da die vorhandene Kläranlage ausreicht, den vermehrten Schmutzwasseranfall aufzunehmen. Für die Aufwendungen der Schmutzwasserkanalisation werden kostendeckende Beiträge nach dem KAG erhoben. Die Satzung wird entsprechend geändert bzw. erweitert, wenn dies erforderlich wird.

Die Aufwendungen für die Herstellung der Wasserversorgungseinrichtungen einschließlich der Löschwasserversorgung trägt der Wasserbeschaffungsverband Norderdithmarschen. Die Finanzkraft wird dadurch nicht belastet.



Die Planungskosten zur Änderung/Erweiterung des Bebauungsplanes werden durch den Erschließungsträger übernommen. Planungskosten für die Gemeinde fallen nicht an.

Pahlen, den 26.05.1998



Gemeinde Pahlen  
- Bürgermeister -

# Örtliche Bekanntmachung der Gemeinde Pahlen

Betreff: Aufstellung der 1. Änderung / Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. 3 der Gemeinde Pahlen für das Gebiet „Österfeld, Bereich westlich und südlich der Eiderstraße“

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Pahlen hat in der Sitzung am 27.11.1997 die 1. Änderung / Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. 3 der Gemeinde Pahlen für das Gebiet „Österfeld, Bereich westlich und südlich der Eiderstraße“, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), als Satzung beschlossen.

Dieses wird hiermit bekanntgemacht.

Der Bebauungsplan tritt mit Beginn des 17.02.1998 in Kraft. Jedermann kann den Bebauungsplan und die Begründung dazu von diesem Tage ab in der **Amtsverwaltung Tellingstedt, Teichstraße 1, 25782 Tellingstedt, Zimmer 4**, während der Dienststunden einsehen und über den Inhalt Auskunft erhalten.

Eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften ist unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist. Mängel der Abwägung sind unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb 7 Jahren seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden sind. Dabei ist der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, darzulegen (§ 215 Abs. 1 BauGB).

Unbeachtlich ist ferner eine Verletzung der in § 4 Abs. 3 GO bezeichneten landesrechtlichen Formvorschriften über die Ausfertigung und Bekanntmachung der Bebauungsplan-

satzung sowie eine Verletzung von satzungsrechtlichen Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung der Satzung gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung der verletzten Vorschrift und der Tatsache, die die Verletzung ergibt, geltend gemacht worden ist.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Absatz 4 BauGB über die fristgemäße Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche für Eingriffe in eine bisher zulässige Nutzung durch diesen Bebauungsplan und über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird hingewiesen.

Tellingstedt, den 28.06.1998

Amt Kirchspielslandgemeinde Tellingstedt

Der Amtsvorsteher

Im Auftrage

  
(Nottelmann)

VERÖFFENTLICHT:

An der Bekanntmachungstafel in Pahlen auf dem Grundstück Hauptstraße 43, in Pahlen auf dem Grundstück Mühlenberg 10

ausgehängt am 02.06.1998

abzunehmen am 17.06.1998

abgenommen am 17.06.1998



Amt Kirchspielslandgemeinde Tellingstedt

Der Amtsvorsteher

Im Auftrage



Amt Kirchspielslandgemeinde Tellingstedt

Der Amtsvorsteher

Im Auftrage



# Unterschriftenliste

13.09.00

## An den Bürgermeister und die Gemeindevertreter der Gemeinde Pahlen:

Wir, die Anwohner der Eiderstraße in Pahlen, fordern unseren Bürgermeister und unsere Gemeindevertreter auf, sich intensiv um die Herrichtung eines Fußgänger- /Fahrradweges vom Wendehammer der Eiderstraße zur Schulstraße zu bemühen.









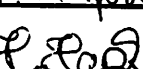


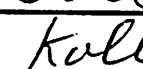

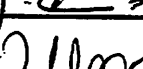
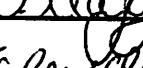
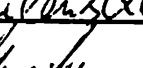
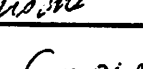
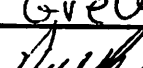
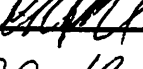
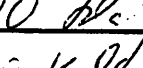
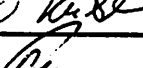

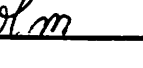
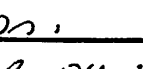
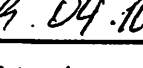
Diese Forderung ist insbesondere mit der Sorge um einen sicheren Schulweg für unsere momentan insgesamt 23 Kinder begründet. Deren Sicherheit sehen wir im Bereich der Fischerstraße/Bergstraße als auch auf der viel befahrenen Hauptstraße gefährdet.

Auch unter dem Motto „Unser Dorf soll schöner werden - Unser Dorf hat Zukunft“ denken wir, wäre eine Anbindung unserer Straße an die Schulstraße sicherlich eine Bereicherung für das gesamte Dorfleben.

	Name	Anschrift	Datum / Unterschrift
1	Reinhard LaPantz	Eiderstr. 22	13.9.00 R. LaPantz
2	Renate Koll	Eiderstr. 27	15.9.00 Koll
3	Sassowski Manuela	Eiderstr. 7	15/9/00 Sassowski
4	Sassowski Frank	"	15/9/00 Sassowski
5	Sprick Thomas	Eiderstr. 9	15/09/00 Thomas Sprick
6	Sprick Antje	"	15/09/00 Antje Sprick
7	Peterschütz Peter	Eiderstr. 25	16.09.00 Peterschütz
8	Silke Peter	"	16.9.00 Silke Peter
9	Walterau Jacobsen	Eiderstr. 15	30.9.00 Walterau
10	Ruth Johannsen	"	30.9.00 Johannsen
11	Walterau Udo	Eiderstr. 15	30.09.00 Udo
12	Dörksen Frank	Eiderstr. 11	30.9.00 Frank Dörksen
13	Dörksen Hubert	" "	" " Hubert Dörksen

# Unterschriftenliste

13.09.00

	Name	Anschrift	Datum / Unterschrift
14	H.-U. Sturm	Eiderstr. 5	30.9.00 
15	I. Gellert	- - -	30.9.00 i. Gellert 
16	C. Repenn	Eiderstr. 3	30.9.00 C. Repenn 
17	T. Repenn	Eiderstr. 3	30.9.00 T. Repenn 
18	Anja Hees	Eiderstr. 1	30.09.00 Hees 
19		Eiderstr. 7	30.09.00 
20	Anja Hapke	Eiderstr. 20	30.09.00 A. Hapke 
21	H. Hapke	Eiderstr. 20	30.09.00 H. Hapke 
22	J. Morjewitsch	Eiderstr. 12	01.10.00 J. Morjewitsch 
23	Ilke Koll	Eiderstr. 23	4.10.00 Koll 
24	Peter Koll	Eiderstr. 23	4.10.00 Koll 
25	Jörg Kunze	Eiderstr. 13	4.10.00 J. Kunze 
26	Inken Meggers	Eiderstr. 13	4.10.00 Inken Meggers 
27	Christa Kalenscher	Eiderstr. 13	4.10.00 Kalenscher 
28	Klaus Kalenscher	2	4.10.00 Kalenscher 
29	Leidi Greve	Eiderstr. 10	4.10.00 Greve 
30	Thorsten Greve	Eiderstr. 10	4.10.00 Greve 
31	Detlef Kleg	Eiderstr. 21	04.10.00 Kleg 
32	H. Heinz Kuhn	Eiderstr. 21	04.10.00 Kuhn 
33	Andreas Thomsen	Eiderstr. 12	04.10.00 Thomsen 
34	Ilke Holm	Eiderstr. 14	Ilke Holm 
35	H. F. Lamm	11	H. F. Lamm 
36	S. Bleich	Eiderstr. 18	Bleich 04.10.00 
37	A. Bleich	Eiderstr. 14	Bleich 04.10.00 

# Unterschriftenliste

13.09.00

	Name	Anschrift	Datum / Unterschrift
38	Köppen	Eiderstr. 14	Köppen
39	"	"	Sof Köppe
40	Rolf Ewers	Eiderstr. 18	Rolf Ewers
41	Silke Ewers	"	Silke Ewers
42	Dietrich Jacobsen	" 15	D. Jacobsen
43	Ute Dohrner		U. Dohrner
44	Marion Dohrner	Eiderstr. 6	M. Dohrner
45	Birgit Heumann	Fischerstr. 14	B. Heumann
46	Ute Heumann	- " -	U. Heumann
47	Wolfgang Dohrner	Eiderstr. 4	Wolfgang Dohrner
48			
49			
50			

